

**Anlage 6  
zum Antrag nach BEEG**

**BESCHEINIGUNG DER AUSLÄNDERBEHÖRDE**

**(nur für ausländische Staatsangehörige außerhalb der EU/EWR und der Schweiz - siehe Antrag Nr. 4)**

▶ Wenn Sie keine vorhandenen Nachweise vorlegen können, bitte dieses Dokument zusammen mit dem Antragsvordruck einreichen. ◀  
(kostenfrei nach § 64 SGB X)

Nachname, Vorname des Kindes, Geburtsdatum	Aktenzeichen, soweit bekannt
--	------------------------------

<input type="checkbox"/>	Frau	<input type="checkbox"/>	Herr	(Elternteil)		genaues Datum
					geb. am	besitzt seit

<input type="checkbox"/>	eine Niederlassungserlaubnis	
<input type="checkbox"/>	eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU	
<input type="checkbox"/>	eine Blaue Karte EU	
<input type="checkbox"/>	eine ICT-Karte	
<input type="checkbox"/>	eine Mobiler-ICT-Karte	
<input type="checkbox"/>	eine Aufenthaltserlaubnis	gültig bis

Die Blaue Karte EU/ ICT-Karte / Mobiler-ICT-Karte / Aufenthaltserlaubnis berechtigen bzw. haben für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt oder erlauben diese  nein  ja

Die Aufenthaltserlaubnis wurde nach

<input type="checkbox"/>	§ 16e AufenthG (zu Ausbildungszwecken),	
<input type="checkbox"/>	§ 19c Abs. 1 AufenthaltsgG (zum Zweck der Beschäftigung als Au-Pair oder zum Zweck der Saisonbeschäftigung),	
<input type="checkbox"/>	§ 19e AufenthG (zum Zweck der Teilnahme an einem Europäischen Freiwilligendienst) oder	
<input type="checkbox"/>	§ 20 Abs. 1 und 2 AufenthG (zur Arbeitsplatzsuche) erteilt.	

Die Aufenthaltserlaubnis wurde nach

<input type="checkbox"/>	§ 16b AufenthG (zum Zweck des Studiums),	
<input type="checkbox"/>	§ 16d AufenthG (zum Zweck der Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation) oder	
<input type="checkbox"/>	§ 20 Abs. 3 AufenthG (zur Arbeitsplatzsuche) erteilt.	

Ist der alleinerziehende Elternteil erwerbstätig?  nein  ja

Nimmt der genannte Elternteil

	– Elternzeit nach § 15 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes oder	
	– laufende Geldleistungen nach dem SGB III in Anspruch?	

Die Aufenthaltserlaubnis wurde nach

<input type="checkbox"/>	§ 23 Abs. 1 AufenthG wegen eines Krieges im Heimatland,	
<input type="checkbox"/>	§ 23a AufenthG (in einem Härtefall),	
<input type="checkbox"/>	§ 24 AufenthG (vorübergehender Schutz),	
<input type="checkbox"/>	§ 25 Abs. 3 bis 5 des AufenthG erteilt.	

Ist der genannte Elternteil im Bundesgebiet berechtigt erwerbstätig?  nein  ja

Nimmt der genannte Elternteil

	– Elternzeit nach § 15 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes oder	
	– laufende Geldleistungen nach dem SGB III in Anspruch?	

Hält sich der genannte Elternteil seit mindestens 15 Monaten erlaubt, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet auf?  nein  ja

Besitzt der genannte Elternteil eine Beschäftigungsduldung gemäß § 60d in Verbindung mit § 60a Absatz 2 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes?  nein  ja

Datum, Unterschrift	Stempel der Behörde
---------------------	---------------------

**Informationen für die antragstellende Person auf Blatt 2**

## Nur zur Information für die antragstellende Person

**Ein nicht freizügigkeitsberechtigter Ausländer oder eine nicht freizügigkeitsberechtigende Ausländerin** ist nur anspruchsberechtigt, wenn diese Person

1. eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU besitzt,
2. eine Blaue Karte EU, eine ICT-Karte, eine Mobiler-ICT-Karte oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, die für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigen oder berechtigt haben oder diese erlauben.

Personen mit einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU haben ohne weitere Voraussetzungen einen Anspruch auf Elterngeld.

Personen mit einer Blauen Karte EU, ICT-Karte oder einer Mobiler-ICT-Karte haben dann einen Anspruch, wenn diese für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigen oder berechtigt haben oder diese erlauben.

Personen mit **Aufenthaltserlaubnissen** haben dann einen Anspruch, wenn

- diese für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigen oder berechtigt haben oder diese erlauben  
UND
- keine der folgenden Ausnahmen vorliegt:

**Keinen Anspruch haben Personen mit Aufenthaltserlaubnissen nach folgenden Paragraphen:**

- § 16e AufenthG (zu Ausbildungszwecken),
- § 19c Abs. 1 Aufenthaltsg (zum Zweck der Beschäftigung als Au-Pair oder zum Zweck der Saisonbeschäftigung),
- § 19e AufenthG (zum Zweck der Teilnahme an einem Europäischen Freiwilligendienst) oder
- § 20 Abs. 1 und 2 AufenthG (zur Arbeitsplatzsuche).

**Eine Aufenthaltserlaubnis nach**

- § 16b AufenthG (zum Zweck des Studiums),
- § 16d AufenthG (zum Zweck der Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation) oder
- § 20 Abs. 3 AufenthG (zur Arbeitsplatzsuche)

**berechtigt nach § 1 Abs. 7 BEEG nur dann zum Bezug von Elterngeld, wenn das Kind oder sein allein-erziehender Elternteil erwerbstätig ist, Elternzeit oder laufende Geldleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) in Anspruch nimmt.**

Für Personen, die aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis nach

- § 23 Abs. 1 AufenthG wegen eines Krieges in ihrem Heimatland,
- § 23a AufenthG (in einem Härtefall),
- § 24 AufenthG (vorübergehender Schutz),
- § 25 Abs. 3 bis 5 des AufenthG besitzen

ist entweder die Ausübung einer Erwerbstätigkeit, die Inanspruchnahme von Elternzeit oder der Bezug laufender Geldleistungen nach dem SGB III (§ 1 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 BEEG) oder eine erlaubte, gestattete oder geduldete Mindestaufenthaltsdauer von 15 Monaten im Bundesgebiet (§ 1 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4 BEEG) erforderlich.

Für minderjährige Personen mit den genannten Aufenthaltstiteln aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen gilt nach § 1 Abs. 7 Satz 2 BEEG eine Besonderheit: Sie sind ohne weitere Voraussetzungen anspruchsberechtigt. Für sie muss also weder eine Erwerbstätigkeit, Elternzeit, Bezug von SGB III-Leistungen noch eine Mindestaufenthaltsdauer vorliegen.

Personen, denen eine Beschäftigungsduldung erteilt wurde, erhalten ebenfalls Elterngeld, § 1 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BEEG.